

Breitenhofstr. 30
Postfach 373
8630 Rüti ZH

Telefon 055 251 32 60
Telefax 055 251 32 64
E-Mail kanzlei@rueti.ch
Internet www.rueti.ch

Protokoll vom 14. Dezember 2020

Beschluss

B1 B1.8	Bauplanung, Natur- und Heimatschutz Richtplanung, Raumplanung Einzelinitiative Ruedi Menzi - Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen	2020-63
--------------------------	---	----------------

Das Wichtigste in Kürze

Ruedi Menzi reichte dem Gemeinderat am 7. Januar 2020 die ausformulierte Einzelinitiative „Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“ ein. Der Gemeinderat hat mit Beschluss Nr. 2 vom 4. Februar 2020 die Einzelinitiative von Ruedi Menzi, als gültig erklärt.

Die Initiative verlangt eine Anpassung von Art. 60 BZO, indem mittels Kaskadenregelung die Standortfrage innerhalb der priorisierenden Bauzonen verschärft wird.

Die Betreiber sollen, wenn immer möglich, Standorte in Industrie- und Gewerbebezonen, sowie in der Zone für öffentliche Bauten finden. Damit jedoch die Interessen der Bewohner, die unmittelbar an der Grenze zu einer Gewerbe- oder Industriezone bzw. Zone für öffentliche Bauten und Anlagen wohnen, berücksichtigt werden, soll ein Mindestabstand von 100 m vorgeschrieben werden.

Als Beweggründe dafür werden der Schutz von Bewohnerinnen und Bewohnern in den Zonen im Übergangsbereich zu Industrie- und Gewerbebezonen resp. zu Zonen für öffentliche Bauten vor ideellen Immissionen sowie monetäre Aspekte (Minderwert Immobilien) vorgebracht. Im Initiativtext erwähnt Ruedi Menzi, dass es künftig keinen Unterschied mehr machen solle, ob jemand an der Wohnzonengrenze oder mitten in einer Wohnzone wohnt.

Mit der zusätzlichen Unterteilung und dem Mindestabstand von 100 m zu den Misch- und Wohnzonen (inkl. Kern- und Zentrumszonen) verbleiben mit 1. Priorität minimale Teilbereiche im Pilgerhof, Joweid-Areal, Waldau, Friedhof/Krematorium und Schulhaus Lindenberg. Diese Zonen liegen zudem meist peripher und können die Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleisten. Ist kein Standort in der 1. Priorität verfügbar, kann auf die 2. und 3. Prioritäten ausgewichen werden. Der Einfluss auf die Standortwahl der visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen ist auch deswegen äusserst gering, weil die Flächen der 1. Priorität, gemäss Einzelinitiative Ruedi Menzi, nicht sehr gross sind und meist peripher liegen

Zum Schutz vor nicht ionisierender Strahlung wurde die Verordnung über den Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung (NISV) erlassen; diese Verordnung regelt insbesondere auch die Immissionen von Mobilfunksendeanlagen abschliessend.

Die Regelungen in der NISV gelten abschliessend, die Kantone und Gemeinden können diese Anforderungen nicht verschärfen.

Gemeindeversammlung Politische Gemeinde

Aufgrund des geringen Einflusses auf die Standortwahl der visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen der Einzelinitiative Ruedi Menzi und der zusätzlichen reglementarischen und administrativen Hürden empfiehlt der Gemeinderat die Einzelinitiative Ruedi Menzi - Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen zur Ablehnung.

Abstimmungsempfehlung

Gemeinderat: Ablehnung

Die Vorlage im Detail

Ruedi Menzi reichte dem Gemeinderat am 7. Januar 2020 die ausformulierte Einzelinitiative „Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“ ein.

Einzelinitiative

Rüti, 7. Januar 2020

Initiative

„Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“

Der unterzeichnende, in der Gemeinde Rüti wohnhafte, Stimmberechtigte beantragt gestützt auf §§ 146 ff. des Gesetzes über die politischen Rechte sowie auf Art. 3 Abs. 3 der Gemeindeordnung Rüti in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs folgende Änderung der Bau- und Zonenordnung der Gemeinde Rüti vom 21. September 2015:

Initiativtext:

Art 60 Mobilfunkanlagen der Bau- und Zonenordnung der Gemeinde Rüti sei wie folgt abzuändern.

„Abs. 1: unverändert

Abs. 2: neu (was nachfolgend unterstrichen):

²Visuell als solche wahrnehmbare Mobilfunkanlagen sind in folgenden Zonen und gemäss folgenden Prioritäten zulässig:

- 1. Priorität: Industrie- und Gewerbezone, sowie Zone für öffentliche Bauten, wobei gegenüber Wohnzonen (inklusive Kern- und Zentrumszone) in der Regel ein Mindestabstand von 100 m einzuhalten ist.*
- 2. Priorität: Äussere Grenzbereiche von Industrie- und Gewerbezone sowie von Zonen für öffentliche Bauten (Randlagen im Abstand von weniger als 100 m gegenüber der nächsten Wohnzone, inklusive Kern- und Zentrumszone).*
- 3. Priorität: Alle anderen Bauzone*

Abs. 3: unverändert

Abs. 4: unverändert

Kurzbegründung:

In der Gemeinde Rüti stehen heute bereits mindestens 7 Mobilfunkanlagen, die mit neuen Technologien ausbaufähig sind. Der Bau einer weiteren Mobilfunkantenne an der Werkstrasse 43 wurde im September vergangenen Jahres bewilligt. Die im Fernmeldegesetz vorgesehene Grundversorgung ist auf dem Gemeindegebiet offenkundig bereits gewährleistet. Weitere Gesuche für den Bau von neuen Mobilfunkantennen an neuen Standorten sind hängig. Aufgrund der sich rasch entwickelnden Technologie sowie dem geplanten Aufbau eines 5 G Netzes durch verschiedene Betreiber von Mobilfunkanlagen, ist mit weiteren Gesuchen für den Bau von neuen Mobilfunkanlagen zu rechnen. All dies verunsichert einen Grossteil der Bevölkerung von Rüti zunehmend. Eine Vielzahl der Bevölkerung von Rüti empfindet die äusserlich wahrnehmbaren Antennenmasten wegen der Art der Nutzung als äusserst unangenehm und bedrohlich. Die im Umfeld von Mobilfunkanlagen wohnende Bevölkerung befürchtet deshalb auch, dass ihre Grundstücke an Wert verlieren könnten. Wegen dieser Verunsicherung und kritischen Einstellung gegenüber Mobilfunkanlagen haben ungefähr zweihundert Personen eine Petition gegen eine an der Breitenhofstrasse 4 in Rüti geplante Mobilfunkanlage unterzeichnet. Sie wurde dem Gemeinderat im Dezember 2018 überreicht. Die mit dieser Initiative beantragte Revision von Art. 60 BZO will genau diesem Bedürfnis der Bevölkerung nach Schutz vor durch Mobilfunkanlagen verursachte ideelle Immissionen noch besser Rechnung tragen. Die Wohnqualität soll nicht weiter beeinträchtigt werden.

Die bisherige Regelung sieht sinngemäss vor, dass in Wohnzonen nur dann eine visuell wahrnehmbare Mobilfunkanlage errichtet werden darf, wenn dies für die lokale Versorgung an keinem anderen Standort möglich ist. Die Betreiber sollen, wenn immer möglich, Standorte in Industrie- und Gewerbeazonen, sowie in der Zone für öffentliche Bauten finden.

Diese bisherige Regelung lässt all die Interessen von Bewohnern unberücksichtigt, die unmittelbar an der Grenze zu einer Gewerbe- oder Industriezone bzw. Zone für öffentliche Bauten wohnen. Es ist nicht zu rechtfertigen und nicht fair, dass diese Bewohner die negativen ideellen Auswirkungen, die von einer Mobilfunkanlage ausgehen zu erdulden haben, während diejenigen, die zentral in einer Wohnzone leben, durch die bestehende BZO grundsätzlich geschützt sind. Mit der vom Initianten gewollten Teilrevision der BZO wird diese Ungleichbehandlung aufgehoben.

Deshalb soll Art. 60 Abs. 2 der BZO von Rüti so abgeändert werden, dass Mobilfunkanlagen gegenüber Wohnzonen (inklusive Kern- und Zentrumszonen), einen Mindestabstand von grundsätzlich 100 m aufzuweisen haben. Dabei ist ein Mindestabstand von 100 m deshalb sinnvoll, weil bis zu dieser Distanz die durch die optische Erscheinung einer Mobilfunkantenne verursachten negativen ideellen Auswirkungen die Wohnqualität und damit auch den Wert der Immobilien mit Bestimmtheit noch beeinflussen können.

Durch die Änderung des Art. 60 BZO wird die Wohnbevölkerung von Rüti gleichmässiger vor dem Bau von Mobilfunkanlagen geschützt aber gleichzeitig die Grundversorgung nicht beeinträchtigt. Es wird künftig kein Unterschied mehr gemacht, ob jemand an der Wohnzonengrenze oder mitten in einer solchen Zone wohnt.

Der Initiant steht einem Dialog mit dem Gemeinderat offen gegenüber und bittet um die Einräumung einer angemessenen Frist zur Nachbesserung, sollte der Gemeinderat nach Prüfung der Gültigkeit der vorliegenden Einzelinitiative dies als nötig erachten.

Ich danke dem Gemeinderat für die beförderliche Prüfung, Bearbeitung und baldige Unterbreitung zur Abstimmung an die Stimmberechtigten der Gemeinde Rüti.

Gültigkeitserklärung der Einzelinitiative von Ruedi Menzi

Mit GRB Nr. 2 vom 4. Februar 2020 hat der Gemeinderat die am 7. Januar 2020 eingereichte Einzelinitiative von Ruedi Menzi, Rüti, mit der Bezeichnung „Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“ als gültig erklärt.

Zwischenzeitlich ist der Beschluss zur Gültigkeitserklärung in Rechtskraft erwachsen und die Gemeinderatskanzlei und das Ressort Raumplanung und Bau sind mit der weiteren Bearbeitung der Initiative beauftragt worden.

Dialog zur Nachbesserung

Vor dem Start der Änderung der Nutzungsplanung wurde mit dem Initianten am 2. Juni 2020 nochmals ein Gespräch geführt, um die Verfahrensschritte aufzuzeigen. Zudem wurde im Gespräch der Versuch unternommen, dem Initianten das aus Sicht der Gemeinde ungünstige Verhältnis von Aufwand und Nutzen seiner Initiative darzulegen. Der Initiant hielt in der Folge am Wortlaut seiner Initiative wie auch an der Initiative selbst fest.

Bestandteil der Revisionsvorlage

Der ausgearbeitete Entwurf der „Einzelinitiative Ruedi Menzi - Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“ umfasst aktuell folgende Bestandteile:

1. ausformulierte Einzelinitiative vom 7. Januar 2020
2. Anpassung Bau- und Zonenordnung, Entwurf für Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2020
3. Planungsbericht nach Art. 47 RPV, Entwurf für Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2020

Gegenstand der Revisionsvorlage ist im Weiteren der Bericht zu den Einwendungen bzw. zur Mitwirkung der Bevölkerung im Rahmen des Auflageverfahrens der Einzelinitiative, welcher in den Planungsbericht nach Art. 47 RPV integriert ist.

Ablauf der Planungsarbeiten und Festsetzung

Anhörung	Die „Einzelinitiative Ruedi Menzi - Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“ wurde der Regionalplanung Zürcher Oberland (RZO), der Agglo Obersee sowie den Nachbargemeinden Bubikon, Dürnten, Wald ZH, Rapperswil-Jona und Eschenbach SG gemäss Beschluss Nr. 2020-142 vom 18. August 2020 per Mail zur Anhörung unterbreitet. Die RZO hat mit Schreiben vom 7. September 2020 zur Initiative Menzi Stellung genommen.
Öffentliche Auflage	Die Initiative Menzi wurde gestützt auf § 7 Abs. 2 PBG vom 21. August 2020 bis 20. Oktober 2020 öffentlich aufgelegt. Während der Auflagefrist konnte sich jedermann zum Entwurf äussern. Es sind keine Einwendungen eingegangen.
Vorprüfung	Die Initiative Menzi ist dem Kantonalen Amt für Raumentwicklung (ARE) zur Vorprüfung eingereicht worden. Der Vorprüfungsbericht liegt mit Datum vom 2. Oktober 2020 vor. Unter Berücksichtigung der erwähnten Hinweise kann eine Genehmigung der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung in Aussicht gestellt werden.

Gemeindeversammlung Politische Gemeinde

Die Vorlage wäre sodann gemäss § 5 PBG rechtmässig, zweckmässig und angemessen. Die Hinweise aus der Vorprüfung werden zur Kenntnis genommen und sind in den Bericht gemäss Art. 47 RPV eingeflossen.

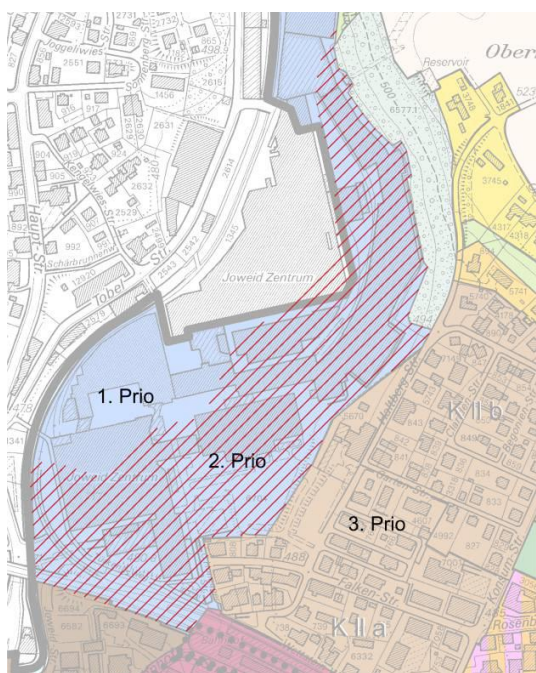
Festsetzung / Genehmigung

Die Revision der Richt- und Nutzungsplanung wird den Stimmberechtigten gestützt auf Art. 11 Ziffer 2 der Gemeindeordnung an der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2020 zur Festsetzung unterbreitet. Die Revisionsvorlage bedarf der Genehmigung durch die Baudirektion.

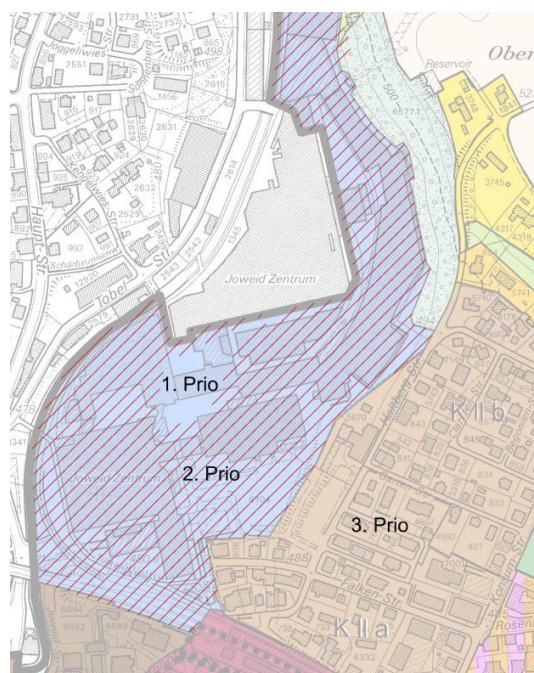
Fazit der Rückmeldungen aus der Mitwirkung

Während der gesetzlichen Auflagefrist sind keine Einwendungen eingegangen. Damit erübrigt sich auch ein Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen gemäss § 7 PBG.

Die Einzelinitiative von Ruedi Menzi vom 7. Januar 2020 sieht die Berücksichtigung eines Mindestabstands von 100 Metern zu Wohnzonen vor. Die Industriezone des Joweid-Areal liegt an der Gemeindegrenze zu Dürnten und grenzt an die Jona. Die Berücksichtigung eines Mindestabstands von 100 Metern soll für Wohnzonen auf beiden Seiten der Gemeindegrenze gelten. Diese Umsetzung gewährleistet die gleichen Rechte für Bewohner/innen beidseits der Jona, was dem Gleichstellungsprinzip entspricht. Damit kann auch der Anregung der RZO aus der Anhörung angemessen berücksichtigt werden.



Mindestabstand gilt nur für Wohnzonen auf dem Gemeindegebiet von Rüti

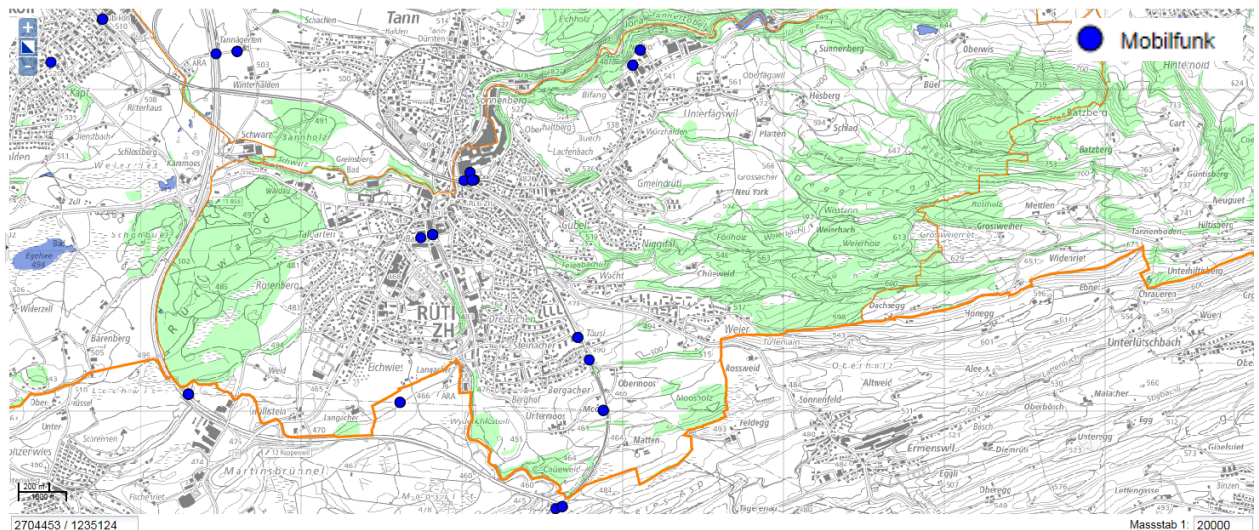


Mindestabstand gilt für Wohnzonen auf dem Gemeindegebiet von Rüti und Dürnten

Das Amt für Raumentwicklung (ARE) empfiehlt, den Art. 60 BZO gegenüber dem Wortlaut der Initiative von Ruedi Menzi klarer zu formulieren und anzupassen, damit der Bauordnungstext noch verständlicher wird. Die Vorlage wird aber auch ohne die Anpassungen gemäss § 5 PBG rechtmässig, zweckmässig und angemessen. Auf die Anpassung der Formulierung der Initiative Ruedi Menzi für Art. 60 BZO wird verzichtet, da sie auch so durch das ARE genehmigungsfähig eingestuft wird.

Erwägungen

Die aktuell betriebenen Mobilfunkanlagen in Rüti konzentrieren sich aktuell auf das Gebiet Neu-
hof, Joweid Areal, Bandwies und auf die Standorte entlang der SBB-Linie Rüti – Rapperswil.



Standorte der Mobilfunkstationen im Kanton Zürich, www.maps.zh.ch, Stand 23. Oktober 2020

In Art. 60 der Bau- und Zonenordnung (BZO 2015) wird das Thema Mobilfunkantennen resp. Mobilfunkanlagen geregelt. Es wird unter anderem festgehalten, mit welcher Priorität Mobilfunkanlagen in welchen Zonen zulässig sind.

Betreiber müssen den Nachweis erbringen, dass in den Zonen mit der jeweils höheren Priorität keine Standorte zur Verfügung stehen, sofern Zonen mit niedrigerer Priorität für Mobilfunkanlagen beansprucht werden.

Im Weiteren ist der Immissionsschutz bundesrechtlich im Umweltschutzgesetz und den darauf gestützten Verordnungen geregelt. Zum Schutz vor nicht ionisierender Strahlung wurde die NISV erlassen; diese Verordnung regelt insbesondere auch die Immissionen von Mobilfunksendeanlagen. Die Regelungen in der NISV gelten abschliessend, die Kantone und Gemeinden können diese Anforderungen nicht verschärfen.

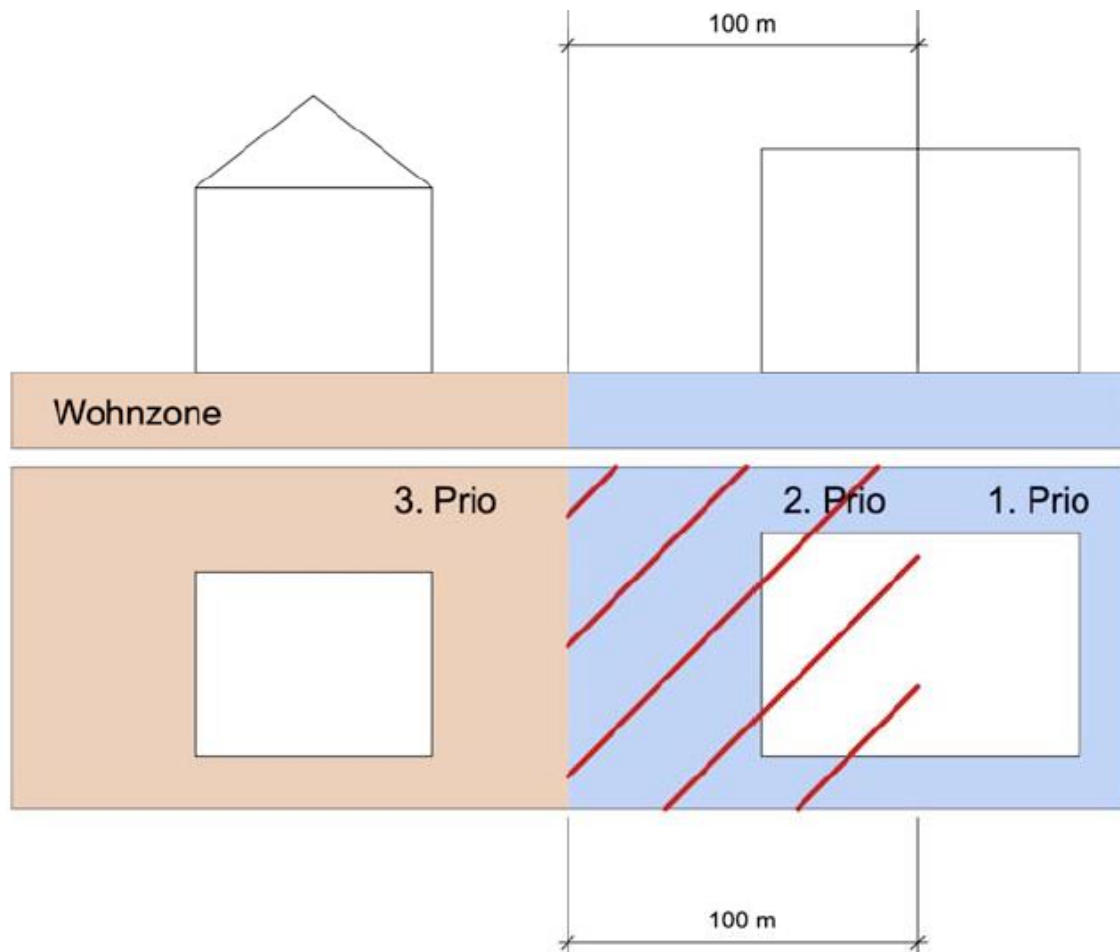
Gemeindeversammlung Politische Gemeinde

Die Einzelinitiative Ruedi Menzi sieht vor, dass neu eine zusätzliche Zone mit 1. Priorität zu schaffen ist:

Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Rütli
Anpassung Bau- und Zonenordnung (Initiative Menzi)

Gültige Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen / Anpassung / Hinweise
<p>IV. WEITERE BESTIMMUNGEN</p> <p>Art. 60 Mobilfunkanlagen</p> <p>¹ Visuell als solche wahrnehmbare Mobilfunkanlage haben grundsätzlich der lokalen Versorgung zu dienen. In den Industrie- und Gewerbebezonen sowie in der Zone für öffentliche Bauten, können überdies auch Anlagen für regionale Versorgung erstellt werden.</p> <p>² Visuell als solche wahrnehmbare Mobilfunkanlagen sind in folgenden Zonen und gemäss folgenden Prioritäten zulässig:</p> <p>1. Priorität: Industrie- und Gewerbebauten, sowie Zone für öffentliche Bauten</p> <p>2. Priorität: Alle anderen Bauzonen</p> <p>³ Die Betreiber erbringen für visuell als solche wahrnehmbare Mobilfunkanlagen den Nachweis, dass in den Zonen mit jeweils höherer Priorität keine Standorte zur Verfügung stehen.</p> <p>⁴ Baugesuche für Mobilfunkanlagen im Bereich von Natur- und Heimatschutzobjekten sind bezüglich der Einordnung von einer externen Fachperson zu begutachten, sofern die Anlage visuell als solche wahrnehmbar ist.</p>	<p>IV. WEITERE BESTIMMUNGEN</p> <p>Art. 60 Mobilfunkanlagen</p> <p>¹ Visuell als solche wahrnehmbare Mobilfunkanlage haben grundsätzlich der lokalen Versorgung zu dienen. In den Industrie- und Gewerbebezonen sowie in der Zone für öffentliche Bauten, können überdies auch Anlagen für regionale Versorgung erstellt werden.</p> <p>² Visuell als solche wahrnehmbare Mobilfunkanlagen sind in folgenden Zonen und gemäss folgenden Prioritäten zulässig:</p> <p>1. Priorität: Industrie- und Gewerbebauten, sowie Zonen für öffentliche Bauten, wobei gegenüber Wohnzonen (inklusive Kern- und Zentrumszonen) in der Regel ein Mindestabstand von 100 m einzuhalten ist.</p> <p>2. Priorität: Äussere Grenzbereiche von Industrie- und Gewerbebezonen sowie von Zonen für öffentliche Bauten (Randlagen im Abstand von weniger als 100 m gegenüber der nächsten Wohnzone, inklusive Kern- und Zentrumszone)</p> <p>3. Priorität: Alle anderen Bauzonen</p> <p>³ Die Betreiber erbringen für visuell als solche wahrnehmbare Mobilfunkanlagen den Nachweis, dass in den Zonen mit jeweils höherer Priorität keine Standorte zur Verfügung stehen.</p> <p>⁴ Baugesuche für Mobilfunkanlagen im Bereich von Natur- und Heimatschutzobjekten sind bezüglich der Einordnung von einer externen Fachperson zu begutachten, sofern die Anlage visuell als solche wahrnehmbar ist.</p>	<p>Änderung gemäss Einzelinitiative von Ruedi Menzi, eingereicht am 7. Januar 2020</p>

Teilrevision Nutzungsplanung (Initiative Menzi) - Anpassung Bau- und Zonenordnung



Darstellung Veränderungsinhalt Initiative Menzi (rot schraffierte Fläche)

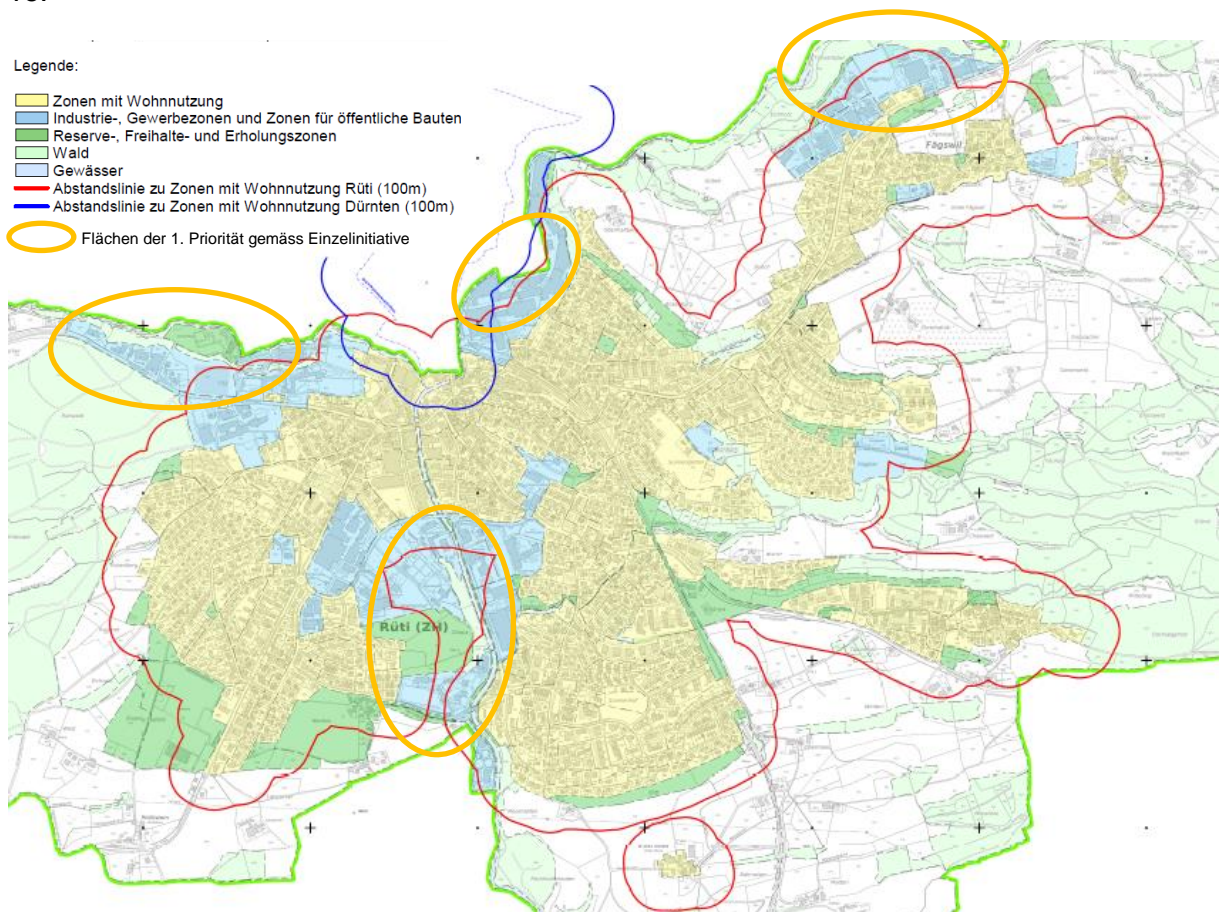
Gemeindeversammlung Politische Gemeinde

Als Beweggründe dafür wird der Schutz von Bewohnerinnen und Bewohnern in den Zonen im Übergangsbereich zu Industrie- und Gewerbebezonen resp. zu Zonen für öffentliche Bauten vor ideellen Immissionen sowie monetäre Aspekte (Minderwert Immobilien) vorgebracht.

Im Initiativtext erwähnt Ruedi Menzi, dass es künftig keinen Unterschied mehr machen solle, ob jemand an der Wohnzonengrenze oder mitten in einer Wohnzone wohnt. Mit der vorgeschlagenen Änderung von Art. 60 Abs. 2 BZO wird dieser Umstand aber nicht beseitigt, sondern allenfalls leicht abgeschwächt. Im Weiteren haben Liegenschaftsbesitzer mit Grundstücken, angrenzend an Gewerbebezonen, bereits heute Immissionen hinzunehmen.

Mit der zusätzlichen Unterteilung und dem Mindestabstand von 100 m zu den Misch- und Wohnzonen (inkl. Kern- und Zentrumszonen) verbleiben mit 1. Priorität minimale Teilbereiche im Pilgerhof, Joweid-Areal, Waldau, Friedhof/Krematorium und Schulhaus Lindenberg. Diese Zonen liegen meist peripher und können die Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleisten.

Mit der Kaskade von max. 4 Aufzählungspunkten wird lediglich eine zusätzliche Unterteilung eingeführt. Ist kein Standort in der 1. Priorität verfügbar, kann auf die 2. und 3. Prioritäten ausgewichen werden. Da die Flächen der 1. Priorität gemäss Einzelinitiative Ruedi Menzi sehr klein sind und zudem meist peripher liegen würde eine Umsetzung der Initiative kaum Einfluss auf die Standortwahl der visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen entwickeln. Die Mobilfunkantennen würden wohl letztlich an den gleichen Standorten zu stehen kommen, wie ohne Initiative.



Flächen der 1. Priorität gemäss Einzelinitiative Ruedi Menzi - Darstellung der 100 m-Linie zur Unterteilung der 1. Priorität gemäss BZO 2015 - Lesart und Interpretation Gemeinderat

Aufgrund des geringen Einflusses auf die Standortwahl der visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen der Einzelinitiative Ruedi Menzi und des jedoch zusätzlichen reglementarischen und administrativen Aufwands empfiehlt der Gemeinderat die Einzelinitiative Ruedi Menzi - Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen zur Ablehnung.

Antrag Gemeinderat

Der Gemeinderat beantragt den Stimmberechtigten mit Beschluss Nr. 188 vom 3. November 2020, die nachstehenden Anträge für die „Einzelinitiative Ruedi Menzi - Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“ abzulehnen:

1. Die „Einzelinitiative Ruedi Menzi - Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“ und die damit verbundene Teilrevision der kommunalen Nutzungsplanung, bestehend aus folgenden Teilen:
 - ausformulierte Einzelinitiative vom 7. Januar 2020
 - Anpassung Bau- und Zonenordnung, Entwurf für Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2020
 - Planungsbericht nach Art. 47 RPV, Entwurf für Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2020wird gestützt auf § 45 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes festgesetzt und der Bericht gemäss Art. 47 RPV zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht zur Mitwirkung mit den nicht berücksichtigten Einwendungen, welcher in den Planungsbericht nach Art. 47 RPV integriert ist, wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, Änderungen an der Revisionsvorlage in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Entscheiden im Rechtsmittelverfahren oder von Auflagen im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.

Referentin: Gemeinderätin Marie-Therese Büsser, Stv. Ressortvorsteherin Raumplanung und Bau/Liegenschaften

Beschluss

Die Gemeindeversammlung beschliesst in offener Abstimmung mit 94 JA-Stimmen gegenüber 57 NEIN-Stimmen:

1. Die „Einzelinitiative Ruedi Menzi - Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“ und die damit verbundene Teilrevision der kommunalen Nutzungsplanung, bestehend aus folgenden Teilen:
 - ausformulierte Einzelinitiative vom 7. Januar 2020
 - Anpassung Bau- und Zonenordnung, Entwurf für Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2020
 - Planungsbericht nach Art. 47 RPV, Entwurf für Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2020wird gestützt auf § 45 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes festgesetzt und der Bericht gemäss Art. 47 RPV zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht zur Mitwirkung mit den nicht berücksichtigten Einwendungen, welcher in den Planungsbericht nach Art. 47 RPV integriert ist, wird genehmigt.

Gemeindeversammlung Politische Gemeinde

3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, Änderungen an der Revisionsvorlage in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Entscheiden im Rechtsmittelverfahren oder von Auflagen im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Ruedi Menzi, Mürtschenstrasse 7, 8630 Rüti
 - Suter von Känel Wild AG, Förrlibuckstr. 30, 8005 Zürich
 - Ressortvorsteher Raumplanung und Bau/Liegenschaften
 - Bauamt
 - Rechnungsprüfungskommission (zur Kenntnisnahme)
 - Internet „GV Einzelinitiative Ruedi Menzi - Beschränkung von visuell wahrnehmbaren Mobilfunkantennen in oder in unmittelbarer Nähe zu Wohnzonen“
 - Archiv

Versand: 23.12.2020

Gemeindeversammlung Politische Gemeinde Rüti



Carmen Müller Fehlmann
Vize-Präsidentin



Thomas Ziltener
Gemeindeschreiber